

Rote Spritze

Information des Branchenaktives Gesundheitswesen der DKP

11|2020

Corona-Karussell im Klinikum

Corona bringt das Klinikum ins Rotieren: Intensivpflichtige Patienten des KBC – ohne Corona – werden fast 10 km durch die ganze Stadt ins Katharinen-Hospital gefahren, intensivpflichtige Corona-Patienten aus dem Katharinen-Hospital werden durch die ganze Stadt nach Cannstatt ins KBC gefahren – jeweils in Begleitung von qualifiziertem Personal – zu jeder Tages- und Nachtzeit. Pflegepersonal wird zwischen den Kliniken hin- und her geschoben. Vor allem aus Furcht vor finanziellen Verlusten wird auf planbare Eingriffe nicht verzichtet.

Bundesdeutsche Krankenhausbeschäftigte haben ein deutlich widerstandsfähigeres Immunsystem als der Rest der Menschheit?!

Heimgesucht von Sars-CoV-2, dem CoVid-19-Erreger, sind sie in der Lage, weiterzuarbeiten, am besten bei



der Versorgung von Patienten, die ebenfalls an CoV-19 erkrankt sind und z.B. beatmet werden. (Das ist geradezu wie wenn man unmittelbar vor dem eigenen Ableben noch schnell sein Grab ausheben soll.) ... Dann haben sie das Virus so gut im Griff, dass es weder in der maskenfreien Pause, die ja nach zwei Stunden Arbeit mit FFP2-Masken vorgeschrieben ist, noch auf dem Weg zur und von der Arbeit davon springt, um sich auf lieben Mitmenschen anzusiedeln ...

Das Robert-Koch-Institut hat diesen Umstand schon lange entdeckt, und nicht nur die Quarantänezeit für Krankenhauspersonal verkürzt von 14 auf 10 Tage, sondern auch die Weiterarbeit z.B. von infiziertem Pflegepersonal erlaubt – wenn's nicht anders geht. Natürlich geht's nicht anders. Mehr- oder Ersatzpersonal – das wär ja auch viel zu teuer! Wo bliebe denn

da die Renditeerwartung von Klinikkonzernen und Pflegeheimbetreibern? Wo die „Schwarze Null“ des Klinikums, die doch im nächsten Jahr erreicht werden soll?

Dass inzwischen die Hälfte der Corona-Toten aus solchen Einrichtungen kommt, erleichtert darüber hinaus die Renten- und Pflegekassen – honisoitqui mal y pense – ein Schelm, wer Böses dabei denkt...

Bundesdeutsche Krankenhausbeschäftigte sind um Vieles belastbarer als der Rest der Menschheit?!

Die Mindestbesetzungsregelung für Krankenstationen wurden im Frühjahr als erstes kassiert, als Herrn Spahn endlich aufging, was die Corona-Pandemie für das heruntergefahrenen Gesundheitswesen bedeutet – wer einen Patienten versorgen kann, schafft auch 2 oder 3 oder 4 und mehr....

Reanimation von „OMA KrAZO“:

Angesichts dramatisch steigender Infektionszahlen setzt die niedersächsische Landesregierung noch einen drauf und zieht eine Regelung von 1924 (die Krankenhausarbeitszeitordnung KrAZO) aus der Mottenkiste der Geschichte, die 1994 nach heftigen Kämpfen mühsam abgeschafft wurde:

60-Stunden-Woche für Krankenhausbeschäftigte, 12-Stunden-Schichten und Verkürzung der Ruhezeiten zwischen den Schichten auf 9 statt 11 Stunden.

Der Mediziner Eckhard Nagel sagte der Augsburger Allgemeinen, die **Arbeit in medizinischer Schutzkleidung** sei "enorm anstrengend". Im

chinesischen Wuhan seien sowohl die Infektionsraten innerhalb des Gesundheitspersonals als auch die Sterberaten unter Patientinnen und Patienten gesunken, als die Arbeitszeit auf 6 Stunden verkürzt worden sei. "Bei den Patienten sank die Sterblichkeitsrate, weil man sie besser behandeln kann, und als zweites haben sich deutlich weniger Klinikmitarbeiter mit **COVID-19** in der Arbeit angesteckt", sagte Nagel, der die Bundesregierung in Fragen der deutsch-chinesischen Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich berät und Vizepräsident der Deutsch-Chinesischen Gesellschaft für Medizin ist.

Aus dieser Erfahrung lasse sich auch generell für die Zukunft der **Versorgung von schwerstkranken Patientinnen und Patienten** etwas lernen, fügte der Mediziner hinzu, der lange Mitglied des Deutschen Ethikrats war.

Verantwortungsbewusster Umgang mit Patienten und Personal sieht anders aus:

Der Mediziner Eckhard Nagel sagte der Augsburger Allgemeinen, die **Arbeit in medizinischer Schutzkleidung** sei "enorm anstrengend". Im

Militarisierung stoppen

Keine Bundeswehr im Krankenhaus

Vereinfachtes Regieren über die Verordnungsermächtigungen des Infektionsschutzgesetzes verführt zur Umsetzung lang gehegter Vorhaben: den Einsatz der Bundeswehr im Inneren – was aus leidvoller Erfahrung heraus grundgesetzlich verboten ist – von extremen Notfällen abgesehen.

15 000 Soldaten stehen bereit:

Sie werden als Amtshilfen zur Kontaktverfolgung in den Gesundheitsämtern eingesetzt, als Zugangskontrolleure an Krankenseingängen, in Behandlungszimmern, in Abstricheinrichtungen – Wer prüft und rechtfertigt denn die Notwendigkeit angesichts über 2,8 Millionen Arbeitslosen? Davon über 70 000 allein in der Region Stuttgart?

„So schlecht wie ich bezahlt werde, kann ich gar nicht arbeiten!“

So stand es auf einem Schild bei der großen Demonstration der zurückliegenden Tarifrunde – ein wahres Wort! Wenn wir Beschäftigte der Krankenhäuser für unsere Arbeit so viel bekämen, wie wir verdienen, ginge es uns besser. Aber wir (zumindest die meisten von uns) bekommen eher einen Hungerlohn. Das war vor der Tarifrunde so und wird auch danach so bleiben.



In den letzten Jahren sind deshalb Zehntausende (vor allem aus den Pflegeberufen) „geflohen“, haben sich eine andere Arbeit gesucht. Der Personalnotstand kommt auch daher.

Zu der Unterbezahlung kommt der Personalmangel – hoffnungslose Überlastung, die wiederum zu weiterer Flucht aus dem Beruf treibt. Die Katze beißt sich in den Schwanz.

Hoffnung Tarifrunde?!

Daran wollten (und müssen wir noch) was ändern. Dass so viele von uns sich in der Tarifrunde an den Streiks, der Großdemonstration, der Solidaritätskundgebung vor

Braucht man wirklich eine Uniform, um im Gesundheitsamt das Telefon zu bedienen?

Wenn die politisch Verantwortlichen den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen in dieser Pandemie wirklich helfen wollten, würden sie als erstes die Gelder für den Militärhaushalt ins Gesundheitswesen umlenken.

Die IPPNW-Ärzte für soziale Verantwortung hat folgende Rechnung zur Anschaffung von den 7,46 Mrd. teuren F16-Atombombern präsentiert:

„Würde man also diese angenommenen 7,46 Mrd. Euro ins deutsche Gesundheitssystem investieren, könnte man damit in einem Jahr 100.000 Intensivbetten, 30.000 Beatmungsgeräte sowie die Gehälter von 60.000 Krankenpfleger*innen und 25.000 Ärzt*innen finanzieren.“

dem KH, der Menschenkette beteiligten, kam auch von der Wut darüber, wie wir verarscht werden.

Erst waren wir „die Helden“, die von den Balkonen, in den Talk-Shows, in Sonntagsreden beklatscht wurden – dann wurden wir (unter anderem auch von OB Kuhn) als verantwortungslos diffamiert, weil wir für unsere berechtigten Forderungen kämpften.

Schon die Forderung war bescheiden

4,8% mit Laufzeit von einem Jahr hätten die Unterbezahlung, die Unterbesetzung, die Flucht aus dem Beruf nicht ausgeglichen. Dass es dann sogar dafür nicht zum Erzwingungsstreik kam, sondern mit der „Verhandlungslösung“ praktisch zum Rückzug geblasen wurde, hat Viele enttäuscht.

Dabei war es doch schon ein Unterschied zu anderen Gewerkschaften (z.B. der IG-Metall) dass die ver.di sich nicht von vorneherein mit einer Nullrunde abspeisen lies, sondern den

Kampf aufgenommen hat. Warum kam es nach der anfänglichen kämpferischen Mobilisierung zu diesem Schwenk? Das werden wir in unserer Gewerkschaft noch diskutieren müssen.

Es muss ein gewaltiger politischer Druck gewesen sein, der da von einer ganz großen Koalition von Kapital und Kabinett auf unsere Verhandlungsdelegation ausgeübt wurde.

Weitere Ausgaben der Roten Spritze sowie Informationen zur DKP unter: www.dkp-stuttgart.org

Was heißt systemrelevant?

In den Kommentaren der Politiker (fast) aller Parteien und in den Massenmedien wurde dieser Druck anschaulich. In der Krise müsse Vorrang haben, was **systemrelevant** ist. Das Gesundheitswesen kam dabei (trotz Corona) bemerkenswert wenig vor.

So schimmert in der Aufregung der Tagespolemik manchmal die Wahrheit durch. Es stimmt! Für dieses System ist die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung so wenig vordringlich wie die Arbeitsbedingungen der Menschen.

Dieses System, der Kapitalismus, steckt seit langem in einer tiefen Wirtschaftskrise, die durch Corona verschärft, aber nicht ursächlich ausgelöst wurde.

Die Namen änderten sich von Öl - Krise in Bankenkrise und jetzt eben in Corona-Krise – aber sie ist immer noch da ...

Das System, in dem der Profit der Maßstab aller Dinge ist, hat keine Antworten mehr auf existenzielle Menschheitsfragen. Es hat abgewirtschaftet. Um es dennoch zu retten, wird alles „geopfert“, was an sozialem und demokratischem Standard errungen wurde. Um dieses System zu retten, wird die Umwelt zerstört, wird

Für dieses System wollen wir gar nicht relevant sein, es ist nicht menscheits-relevant!

wollen wir gar nicht relevant sein, es ist nicht menscheitsrelevant. Es muss überwunden werden.

die Rüstung aufgebläht, werden weltweit Kriege angezettelt.

Dabei könnten ohne dieses System die dringenden Menschheitsprobleme gelöst werden. Für dieses System

Das Ergebnis der Tarifeinigung

4,8 % – das ist bescheiden, so der Titel der Roten Spritze vom September. Was wurde von der Forderung 4,8 %, mindestens aber 150 € mehr, 100 € für die Azubis, 39 Stunden Arbeitszeit auch im Osten, Laufzeit 12 Monate erreicht?

Die Lohnforderungen:

Statt 4,8% mehr für 12 Monate (also bis August 21) gibt es sieben Null-Monate und dann für die restlichen fünf Monate 1,4%. Das entspricht 0,6% Lohnerhöhung. Statt mindestens 150 € mehr, also 1800 €, gibt es sieben Nullmonate, dann 50 € mehr, also 250 €.

Azubis:

Statt 100 € mehr, also 1200 €, gibt es sieben Nullmonate, dann 25 € mehr, also 125 €.

Arbeitszeit im Osten:

Statt Verkürzung auf 39 Stunden ändert sich an der Arbeitszeit im Osten bis Ende der geforderten Laufzeit gar nichts

Laufzeit:

Statt 12 Monate Laufzeit, nun 28 Monate.

Insgesamt:

Bis zum Laufzeitende im Dezember 2022 gibt es also 1,4% mehr ab April 2021, 1,8% ab April 2022.

Die Azubis bekommen 25 € mehr ab April 2021 und nochmal 25 € ab April 2022.

Die Arbeitszeit im Osten wird ab Anfang 2022 um eine halbe Stunde verkürzt, gleiche Arbeitszeit wie in Baden-Württemberg gibt es ab April 2023 und 38,5 Stunden erst ab 2025.

Pflegezulage bekommen die Länderbeschäftigten bereits länger, ebenso die Unikliniken. Dort allerdings 200 €.



Bei der Solidaritätskundgebung vor dem KH

Die Coronaprämie:

Je nach Verdiensthöhe 600 €, 400 € oder 300 € noch dieses Jahr. Die Altenpflegekräfte bekamen bereits eine Prämie von 1500 €.

Weitere Erhöhungen gibt es:

bei Wechselschichtzulage, Intensivzulage, beim Samstagzuschlag und bei der Jahressonderzahlung.

Fazit:

Es hat keinen Sinn, dieses Ergebnis schönzurechnen, denn dies trägt nicht zur Glaubwürdigkeit von Verdi bei. Denn schon im Vorfeld hatte Verdi von „angepassten Abschlüssen“ (also 1,2% und 1,1%) wie in der Finanz- und Wirtschaftskrise 2010 gesprochen (siehe Rote Spritze vom September).

Es ist nun dringend geboten, sich in der Gewerkschaft über das in dieser schwierigen Situation Erreichte und Nicht-Erreichte auseinanderzusetzen. Nur so kann es besser werden.


Deutsche Kommunistische Partei
V.i.S.d.P.
DKP Stuttgart
Betriebsaktiv Gesundheitswesen
Böblinger Str. 105, 70199 Stuttgart
Manfred Jansen

Ver.di spricht von einer Steigerung bei Pflegekräften um 8,7%. Um diese Zahl zu erreichen, wird einiges hinzugerechnet.

Die Pflegezulage:

70 € ab März 2021. Ab März 2022 wird sie auf 120 € erhöht. Eine solche

JUGENDSEITE: INTERVIEW ZUR TARIFRUNDE

Als SDAJ hatten wir die Möglichkeit, ein Interview mit einer Mitarbeiterin eines Stuttgarter Klinikums zu führen. Sie berichtete uns von den Auswirkungen der Tarifrunde auf ihre Arbeit und den Widerstand der Belegschaft, vom nicht gerade tollen Abschluss der Tarifverhandlungen, und warum man weiterhin aktiv im Betrieb und der Gewerkschaft sein sollte.

Als ihr in die Streiks gestartet seid, wie waren eure Erwartungen?

Die Belegschaft war sehr zwiegespalten. Einige KollegInnen waren sehr motiviert, an den durch Corona noch untragbareren Bedingungen endlich was zu ändern. Jedoch gab es auch KollegInnen, welche einerseits bereits eine gewisse Streikerfahrung haben und leider schon resignierten, sowie eine Fraktion, die Streiks für nicht verantwortungsvoll aufgrund von Corona befand.

Glaubst du man hätte mehr rausbauen können?

Generell ist es wichtig: Wir können immer mehr herausholen, wenn wir mehr sind, heißt: Wenn der Organisationsgrad hoch bzw. höher ist. Der Organisationsgrad in der Pflegebranche ist zwar im Vergleich zu anderen Branchen sehr hoch, aber trotzdem immer noch viel zu gering. Viele Gewerkschaftsmitglieder bei uns sind zwar auf dem Papier dabei, das war's dann aber leider auch schon. Wir können mehr KollegInnen dazu bewegen, sich solidarisch mit anderen aktiv zu organisieren, wenn wir uns mit und unter den anderen Mitarbeitern vernetzen. Das haben wir in dieser Tarifrunde viel probiert. Uns ist sehr bewusst, dass wir uns nicht einfach so auf die Gewerkschaftsspitze bzw. auf ihr Verhandlungsgeschick und ihre Verhandlungsführung verlassen können. Wenn wir das tun, anstatt bei uns im Betrieb loszulegen, kommen wir immer schlecht weg, der Sozialpartnerschaft sei dank. Ob wir in dieser Tarifrunde mehr hätten rausbauen können, ist sehr schwierig zu sagen. Klar ist: Die allermeisten KollegInnen sind sehr unzufrieden. Einige wenige, z.B. Intensivpflegekräfte, haben eine deutliche Lohnzunahme erhalten, für die meisten hat sich aber praktisch nichts geändert. Der ausgezahlte Coronabonus von 600 Euro bringt uns kaum etwas, weder dafür, unsere aktuellen Lebensbedingungen besser zu machen, noch zum Aufbessern unserer Renten. Streiken während Covid ist schwierig und verlangt von uns einiges, jedoch sollten wir gerade jetzt aufstehen und uns wehren, da wir die Folgen der Pandemie sowie die Folgen der Krise ausbaden müssen.

Wie blickst du auf die Tarifrunde und eure Aktivitäten zurück? Was für Auswirkungen hat diese auf deine KollegInnen?

Ich habe mitgenommen, dass es wichtig ist, auf Station und mit anderen Aktiven, die die Tarifrunde verfolgen, die Wichtigkeit verschiedener Forderungen zu diskutieren. Für uns ist beispielsweise die Forderung nach einer Laufzeit von 12 Monaten sehr wichtig und diese sollte klar im Vordergrund stehen. Auf uns wird massiver Druck ausgeübt, dem kann man als Einzelner nicht standhalten. Wir müssen unabhängig von Tarifrunden und Streiks aktiv in den Betrieben sein, uns untereinander in Betriebsgruppen vernetzen und uns gegenseitig unterstützen. Solche Dinge müssen vor den Tarifrunden geschehen, damit wir dann, wenn es sein muss, eine gut organisierte Belegschaft mit Schlagkraft haben. Wir wollen die Basis erreichen, nicht (nur) die bereits Organisierten und Aktiven. Das machen wir durch Mund-zu-Mund-Propaganda und durch Austausch untereinander. Corona war eine riesige Herausforderung für uns Organisierte, da musste man noch mehr drauf pochen, dass Streiks notwendig sind. Die Zukunft sieht leider nicht sehr rosig aus: Der Personalmangel bleibt weiterhin, das Tarifergebnis ist absolut kein Anreiz für einen Berufseinstieg in die Pflege. Wir sind zwar besser weggekommen als andere Berufsgruppen, aber die Ergebnisse erreichen gerade mal die jetzige Inflationsrate, weiterhin arbeiten wir unter prekären Verhältnissen. Die Arbeitgeber nutzen die aktuelle Situation aus, um unsere Rechte weiter einzuschränken und die Folgen der Krise auf unseren Rücken zu verteilen, alles wird mit Corona begründet. Dagegen müssen wir weiter stehen, egal ob Tarifrunde oder nicht.

Welche Aktionsformen habt ihr genutzt und wie kam das bei der Belegschaft an?

Innerhalb dieser Tarifrunde war es anfangs ziemlich schwierig, geeignete Aktionsformen zu finden, die sich trotz Lockdown und Abstandsgebot durchführen ließen. Wir haben vor allem Gespräche mit den KollegInnen auf Station genutzt, es wurde praktisch jeden Tag darüber diskutiert, wie man mit den Maßnahmen umgehen soll, und wie verdammt viel Mehrarbeit wir in dieser außergewöhnlichen Zeit leisten müssen. Gemeinsam mit anderen KollegInnen sind einige Solifotos entstanden, z.B. mit Transparenten, auf denen unsere Forderungen standen. Außerdem haben wir uns mit Telefonkonferenzen und Webinaren miteinander vernetzt.

Wie stark waren junge Mitarbeiterinnen und Azubis in die Streikaktionen bei euch involviert?

Leider waren nur wenige junge KollegInnen und Azubis dabei. Ihnen wird vermittelt, dass sie nicht streiken dürfen. Sie wurden vor allem durch Aussagen wie „Streiken wird als Fehlzeiten eingetragen“ oder enormen Druck davon abgehalten. Trotzdem gab es viele junge Aktive, die auch einige junge KollegInnen mitgezogen haben. Dabei ist Streiken weder in der Ausbildung noch danach eine Fehlzeit, es ist ein hart erkämpftes Recht, was immer wieder versucht wird uns wegzunehmen, das dürfen wir nicht zulassen!



 /sdaj.stgt

 /sdaj_stuttgart

 /sdaj_stuttgart

 +49 1511 6943737

 stuttgart@sdaj.org

 www.stuttgart.sdaj.org